Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 9 Sonnabend, den 21. Januar 1928 41. Jahrgang

Der Haushalt 1928 im Reichstag.

Finanz- und Wirtschaftstage.

Berlin, 19. Januar.

Finanzielle Berechnungen mit vielstelligen Zahlenreihen üben im allgemeinen keine allzu große Anziehungskraft auf den Durchschnittsmenschen aus. Am allerwenigsten dann, wenn der Hörer im voraus weiß, daß die goldene Decke, unter der er seine Sorgen bergen soll, sowieso zu kurz ist. Aber man kann nicht sagen, daß die erste Sitzung nach den Ferien, die der Deutsche Reichstag Donnerstag abhielt, von der erwähnten Flucht vor den Zahlen beherrscht gewesen sei. Die Abgeordneten hatten in ziemlicher Menge die Pflicht erkannt, nicht wie so mancher gewöhnliche Sterbliche bei Geldnöten dem Beispiel des Vogels Strauß zu folgen. Offen sahen sie den schwerwiegenden Darlegungen des Reichssäckelmeisters entgegen und für das politische Verständnis selbst weiterer Kreise legte die zugestellte Zuhörertribüne Zeugnis ab. Das bleibt anerkennenswert, denn es ist nicht einmal eine kleine Leistung, auch nur einige Stunden lang den weitverzweigten Erörterungen eines verantwortlichen Ministers zuzuhören, der sich natürlich streng an seinen elenlangen Pfadweiser durch das Meer der Ziffernanhäufungen halten muß.

Dr. Köhler hatte Sorgen vorzutragen, gewiß, aber hoffnungslos ließ er uns nicht. Zum erstenmal muß das Reich in diesem Jahre die vollen Reparationen aufbringen, ganze 2½ Milliarden, das leider wieder stark gestiegene Heer der Erwerbslosen erfordert 40 Millionen im Monat, die Beamtenbesoldungsreform geht nicht ohne Opfer ab, Steuern und Abgaben sind schon drückend genug, die soziale Fürsorge darf nicht nachlassen. Die Geschäftskonjunktur ist zurzeit weniger glänzend als vorher — woher also nehmen und nicht — wir wollen das harte Wort unterdrücken. Aber die hinter uns liegende gute Wirtschaftslage hat glücklicherweise Mehrerträge für die öffentliche Hand gebracht, es wurden Ersparnisse gemacht und den Schwarzsehern muß man nicht unbedingt glauben, daß im Wirtschaftsleben ein erheblicher Rückschlag oder gar eine Krise bevorsteht. Deshalb Vertrauen, Entschlossenheit zur Arbeit und zur Sparsamkeit. Regierung und Volk müssen in dieser Richtung zusammenstehen, dann brauchen wir an der Zukunft Deutschlands nicht zu verzweifeln.

Von den Bänken der Regierungsparteien hörte man Beifall nach den letzten Worten Köhlers, die zur Ironie geneigten Oppositionellen riefen etwas höhnisch: Amen, Amen! Doch der von Anfang bis zu Ende ausharrende Reichskanzler drückte seinem Kollegen herzlich die Hand. Und damit war es für heute zu Ende. Morgen soll die Kritik mit einer Rede des Sozialdemokraten Severing beginnen.

io.

Sitzungsbericht.

(862. Sitzung.) CB. Berlin, 19. Januar.

Nachdem Präsident Löbe des während der Weihnachtsferien verstorbenen kommunistischen Abgeordneten Bohla gedacht hatte, begann die erste Beratung des

Reichshaushalts für 1928.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler warf in seinen Ausführungen zur Begründung des Etats zunächst einen Rückblick auf die Verhältnisse vor einem Jahre. Damals mußte die Wirtschafts- und Finanzlage Deutschlands jeden mit großer Sorge erfüllen. Vor allem war die Zahl der Erwerbslosen noch immer gefährlich groß. Der monatliche Aufwand für die Erwerbslosenfürsorge, der vom 1. April 1927 an ganz vom Reich bestritten werden sollte, betrug etwa 40 Millionen und der Haushalt enthielt keine ausreichenden Mittel für diese Zahlungen. Den Beamten und Kriegsbeschädigten mußten die Bezüge erhöht werden und von den Liquidationsgeschädigten wurde eine alsbaldige ausreichende Schlußentschädigung verlangt. Daß dennoch die an das Reich gestellten Anforderungen im Laufe des Jahres 1927 erfüllt werden konnten, liegt an dem nicht vorauszusehbaren

Aufschwung des Wirtschaftslebens.

Die Produktionsziffern hoben sich fast auf allen Gebieten. Die Wirtschaft war überraschenderweise in der Lage, nach und nach fast die gesamten anderthalb Millionen Arbeitslosen in sich aufzunehmen. Das Tariflohnniveau des deutschen Arbeiters stieg. Ein Jahr guter Konjunktur liegt hinter uns. Es hatte für die Reichsfinanzen zwei erfreuliche Ergebnisse. Einmal wurden die Mittel der Erwerbslosenfürsorge in einem erheblich geringeren Umfang in Anspruch genommen als vorauszusehen war. Von den vorgesehenen 450 Millionen werden nur 2700 Millionen dafür verbraucht werden und wir ersparen mithin etwa 180 Millionen. Die zweite Folge des wirtschaftlichen Aufschwungs war ein erhebliches Mehraufkommen an Steuern und Verbrauchsabgaben. Der Mehrertrag wird zum allergrößten Teil durch den Nachtragshaushalt aufgezehrt werden. In diesem werden rund 160 Millionen für die Erhöhung der Kriegsbeschädigten- und Beamtenbezüge angefordert, ferner 160 Millionen für die Vorzahlungen nach dem Kriegsschädenschlußgesetz. Dazu kommen Beträge für das bereits zugesagte Westgrenzprogramm, für die Einleitung und Durchführung des

Ostpreußenprogramms,

zur Behebung der Unwetterschäden in Sachsen, Pommern und so weiter. Insgesamt wird der Nachtragshaushalt nicht unter 500 Millionen erfordern, so daß noch 150—180 Millionen Mark an Ersparnissen verbleiben werden. Der Minister wendet sich dann dem Etat für 1928 zu, dem ersten Etat mit der

Normalbelastung des Dawes-Plans.

Bei dem neuen Etat galt es, die mehrfachen Ankündigungen sparsamer Wirtschaft in die Tat umzusetzen; man kann ihn mit Recht als den Etat der Sparsamkeit bezeichnen. Trotz neuer zwangsläufiger Ausgaben ist es gelungen, ihn ohne Steuererhöhung zu balancieren. Der Reinbedarf des Reiches für seine gesamten Verwaltungszwecke, der vor dem Kriege rund 2,4 Milliarden, im Jahre 1926 rund 2,5 Milliarden betrug, ist in dem neuen Etat auf rund 1,7 Milliarden gesunken. Im außerordentlichen Etat ist es erreicht, daß keine neue Anleiheermächtigung erforderlich ist. Der Etat für 1928 schließt im Ordinarium mit 9,356 Milliarden, im Extraordinarium mit 146 Millionen, zusammen mit 9½ Milliarden in Einnahme und Ausgabe ab. Das bedeutet zusammen ein Mehr von 367 Millionen gegenüber dem Vorjahre, also ein Mehr, das noch nicht die Erhöhung der Reparationslast mit 396 Millionen erreicht. Die Schätzung des Steueraufkommens wird bedingt durch die Beurteilung der

wirtschaftlichen Lage.

Die Konjunktur scheint ihre Höhe erreicht zu haben, es liegen aber keine Anzeichen dafür vor, daß sich ein erheblicher Rückschlag oder gar eine Krise vorbereite. Eine Teuerungspsychose wäre die größte Gefahr, die unserer Wirtschaft im Augenblick entstehen könnte. Die Förderung des Exports wird sich die Reichsregierung auch weiterhin angelegen sein lassen. Zurzeit finden Besprechungen über die Wiederholung von Garantien zu diesem Zweck statt. In dieses Gebiet fällt auch die Zollsenkungsaktion.

Ihr Ergebnis ist insofern vorweggenommen, als das Zollaufkommen des Jahres 1928 um 150 Millionen niedriger eingesetzt worden ist. Ein besonders schwieriges Kapitel bildet die wachsende

Verschuldung der Landwirtschaft.

Die Regierung hält eine baldige Lösung dieser außerordentlich schwierigen Lage für erforderlich. Die Einkommen- und Körperschaftssteuern werden zusammen auf 3450 Millionen geschätzt, 430 Millionen mehr als das Soll des Jahres 1927. Von diesem Mehr entfallen 100 Millionen auf die Lohnsteuer. Der Minister ging auf die einzelnen indirekten Steuern ein, deren Ertrag im allgemeinen nach dem Ergebnis des Jahres 1927 geschätzt worden ist. Die Aufgabe jeder Regierung wird es sein, nach Senkungsmöglichkeiten zu suchen. Die Förderung der Neubildung von Kapital und die pfleglichere Behandlung des vorhandenen Kapitals sei unerläßliche Pflicht.

Dr. Köhler erklärte dann zu der in der Öffentlichkeit geführten theoretischen Diskussion über die Berechtigung eines besonderen Extraordinariums, er halte es für richtig, die Ausgaben, die Werte für die Zukunft schaffen, nicht aus Steuern und Abgaben zu bestreiten, sondern auf Anleihe zu übernehmen und dadurch die künftige Generation zu belasten. Dieser Grundsatz müsse aber seine Grenze in der Aufnahmefähigkeit des inländischen Marktes finden. Die augenblicklichen Schwierigkeiten lägen darin, daß diese Grenze überschritten worden sei. Im außerordentlichen Etat habe sich eine Kürzung der Ausgaben um mehr als zwei Drittel erreichen lassen. Im ordentlichen Etat sei das nicht möglich gewesen, weil dort die Ausgaben zum größten Teil zwangsläufig seien.

Das Jahr 1928 sei in bezug auf die Reparationsverpflichtungen das erste Normaljahr, in dem die deutsche Gesamtwirtschaft den vollen Betrag von 2,5 Milliarden aufbringen soll. Die Vorschläge der Reichsregierung für den Haushalt 1928 lieferten den Beweis dafür, wie ernst es der deutschen Reichsregierung mit der Erfüllung ihrer Verpflichtungen sei. Der Erfolg hänge aber nicht zum geringsten davon ab, daß das Ausland auch seinerseits unserer Ausfuhr die Wege öffnet, die noch verschlossen sind.

Die immer noch vorhandenen Handelshemmnisse müßten verschwinden. Die Reichsregierung wolle nur solche Auslandsanleihen begünstigen, die unaufschiebbar sind und produktiven Zwecken dienen.

Der Reichsfinanzminister erinnerte an die Andeutung des Reparationsagenten, daß erwogen werden müsse,

die deutschen Reparationsverpflichtungen endgültig zu regeln,

auf absoluter Basis und ohne Kontrolle von außen. Dazu erklärt er: Der Sachverständigenplan bezeichnet selbst die Notwendigkeit, eine endgültige Lösung zu suchen, und es heißt nicht ihn abändern, sondern ihn erfüllen, wenn nach hinreichender praktischer Erfahrung die abschließende Regelung gefunden wird. Eine ungelöste Reparationsfrage ist das Grundübel, an dem nicht nur das deutsche Volk, sondern auch die anderen Völker leiden. Jede Lösung der Reparationsfrage, die sich mit dem wirtschaftlichen Gesetzen in Widerspruch setzt, ist zum Mißlingen verurteilt. Weiter erörtert der Minister als eine der zwangsläufigen Ausgaben die

Aufwendungen für die Sozialpolitik.

Das Gesamtaufkommen an Beiträgen und Zuschüssen habe 1927 hierfür 3½ Milliarden erreicht gegen annähernd 1,4 Milliarden im Jahre 1917.

Von besonderer Bedeutung werde es sein, ob durch eine umfassende

Reorganisation der Verwaltung des Reiches

wesentliche Ersparnisse erzielt werden können. Es werde an den eingesetzten beiden Ausschüssen der Länderkonferenz liegen, ob sich schon in nächster Zeit praktische Ergebnisse zeigen. Die Reichsregierung wolle ihren Machtbereich nicht zum Schaden der Länder erweitern. Sie erhoffe die volle Einigkeit des Reiches und die Erhaltung der gesunden Eigenart der Länder. Die Neuregelung der staatsrechtlichen Verhältnisse ist auf dem Marsch. Hüten wir uns dabei vor dem starren Festhalten an überlebten Formen. Außerordentlich wichtig scheint mir für die Übereinstimmung zwischen Reich und Ländern, daß Maßnahmen zur Sicherstellung sparsamster Finanzgebarung in Reich, Ländern und Gemeinden getroffen werden müssen. Auf das Einspruchsrecht des Reichsfinanzministers oder einer anderen Instanz gegenüber Ausgabenerhöhungen lege ich keinen Wert. Richtiger und wirkungsvoller wäre eine Selbstbeschränkung des Parlamentes durch seine Geschäftsordnung, wie sie etwa in England besteht. Grundsätzlich wird für Reich, Länder und Gemeinden die gemeinschaftliche Einordnung in das Gesamtprogramm der aus den nachfolgenden Kriegsverpflichtungen entstandenen drückenden Belastungen die Hauptsache sein.

Die Reform der öffentlichen Verwaltung verträgt keinen Aufschub mehr. Das Reich will mit der Zusammenlegung von Behörden vorangehen. Eine Reform werde überall nötig und wenn die Wirtschaft sich dieser Vereinfachungs- und Reformbewegung anschließt, dann wird die jetzt eingeleitete Bewegung auch von Erfolg begleitet sein. Das Jahr 1928 stellt

die Schicksalsfrage an das deutsche Volk,

ob wir unserer Zukunft und unseres Glückes eigener Schmied bleiben wollen, unter Opferung mancher Wünsche und mancher liebgewordenen Traditionen. Ich müßte an der Zukunft Deutschlands verzweifeln, wenn wir diese Frage nicht bejahen und danach handeln wollten.

Darauf vertagte sich das Haus auf Freitag.

„Haltet das Reich."

Reichsgründungsfeier der Deutschen Volkspartei.

In Berlin fand die traditionelle Reichsgründungsfeier der Deutschen Volkspartei statt, an der auch zahlreiche führende Persönlichkeiten von Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst teilnahmen. Die Festrede hielt für den durch Krankheit verhinderten Reichsminister des Äußern Dr. Stresemann der Senior der Partei, Geheimrat Kahl. Professor Dr. Kahl gab zunächst einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung des Reichsgedankens. Das Weltbeben hat die Kaiserkrone zerschlagen, aber das Reich ist geblieben, mit dessen Bestand wir alle mit unserem Glück, unserer Arbeit, unserer Freiheit notwendig verbunden sind. Seit Jahren sucht die deutsche Volksvertretung nach einem nationalen Feiertag. Einen besseren als den 18. Januar kann man nicht finden. Damit ist kein Wort gesagt gegen die Bedeutung des 11. August. Wohl haben wir Vertreter in Weimar gegen die Verfassung gestimmt, um ein ehrliches politisches Bekenntnis abzulegen, nicht aber, um die Verfassung zu mißachten. Erst die Verfassung hat wieder einen festen Rechtsboden geschaffen. Zur Reichserhaltung gehört nicht bloß die Sammlung der wirtschaftlichen Kräfte, sondern vor allem ein innerliches und seelisches Moment, die Erhaltung der Reichsfreudigkeit. Dies muß bei der Neugestaltung des Verhältnisses von Reich und Ländern immer der oberste Richtpunkt sein. Wir haben unsere Losung: Haltet das Reich!

Ein Hoch auf Vaterland und Reich und der Gesang des Deutschlandliedes schlossen die offizielle Feier.

Reichswehrminister Gröner.

Dr. Geßlers Abschiedsgesuch genehmigt.

Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den Reichswehrminister Dr. Geßler auf seinen Antrag vom Amte des Reichswehrministers entbunden und den Reichsminister a. D. Generalleutnant a. D. Gröner zum Reichswehrminister ernannt.

Der neuernannte Reichswehrminister, Generalleutnant a. D. Otto Gröner, wurde am 22. November 1867 in Ludwigsburg (Württemberg) geboren. Er trat als 17jähriger Fahnenjunker 1884 in das Infanterieregiment 121 ein und machte bis zum Jahre 1912 abwechselnd Truppen- und Generalstabsdienst. Im Jahre 1912 wurde er als Oberstleutnant Chef der Eisenbahn-

Reichswehrminister General Grö .r.

abteilung im Großen Generalstab. Bei Kriegsausbruch zum Chef des Feldeisenbahnwesens ernannt, erwarb er sich bei der Organisation der Truppentransporte große Verdienste. 1914 Oberst, 1915 Generalmajor, wurde er bereits 1916 zum Generalleutnant ernannt. Für ein Jahr übernahm er das Kriegsamt im Kriegsministerium, 1917 wurde er danach mit der Führung der 33. Infanteriedivision und Ende 1917 mit der Führung des 25. Reservekorps betraut. Im Jahre 1918 übernahm er den Posten des Generalstabschefs der Heeresgruppe Kiew. Nach Ludendorffs Ausscheiden wurde er der Erste Generalquartiermeister an der Seite Hindenburgs. Als solcher leitete er den Rückmarsch des deutschen Heeres und die Auflösung der alten Armee. Am 16. Oktober 1919 ließ er sich zur Disposition stellen, nachdem er schon am 25. Juni unter dem Eindruck der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages gegenüber dem Reichspräsidenten Ebert Rücktrittswünsche geäußert hatte. Im Juni 1920 wurde Gröner Reichsverkehrsminister. Aus diesem Amte schied er im August 1923.

England zur Sicherheitsfrage.

Hohes Lob für den Locarnovertrag.

Das Memorandum der britischen Regierung an das Schieds- und Sicherheitskomitee des Völkerbundes, das im Februar in Genf zusammentreten soll, ist nunmehr veröffentlicht worden. Das Schriftstück ist das vollständigste Dokument, das bisher über den britischen Standpunkt zur Schieds- und Sicherheitsfrage veröffentlicht wurde. Der erste Teil bezieht sich auf die Schiedsgerichtsbarkeit. Es wird darin auf die Notwendigkeit hingewiesen, zwischen Differenzen juristischer und nichtjuristischer Art zu unterscheiden. Die britische Regierung möchte den Sinn des Schiedsvertrages auf diejenigen internationalen Abmachungen, welche Differenzen juristischer Art behandeln, beschränkt wissen; solche Differenzen sollten einem Gericht unterbreitet werden, das eine für beide Teile obligatorische Entscheidung zu fällen hätte. Fälle nichtjuristischer Art wären durch das Schlichtungsverfahren zu regeln.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280121-12/fragment/page=0001

Der zweite Teil des Memorandums handelt von der Sicherheit. Das Memorandum empfiehlt, ähnliche Verträge wie den von Locarno abzuschließen. Der Vertrag von Locarno habe ausschließlich den Zweck, einer Staatengruppe den Frieden zu erhalten, deren Interessen oft auseinandergehen und deren Gebiete oft den Schauplatz des Krieges bildeten. Die britische Regierung sei der Meinung, daß dieser Vertrag den Idealtypus des Sicherheitsabkommens darstelle.

Am Schluß des Memorandums spricht die britische Regierung sich gegen eine zu strenge Auslegung gewisser Artikel der Völkerbundsatzung aus.

Entschließung zur Reichsreform.

Einigung auf mittlerer Linie.

Die Entschließung, die den Schlußpunkt unter die dreitägigen Verhandlungen der Berliner Konferenz der Reichsregierung mit den Länderministern setzt, betont, daß eine weitgehende Reform der Weimarer Verfassung hinsichtlich Reich und Länder notwendig ist. Der Gedanke, Reichsländer zu schaffen, wird abgelehnt. Vereinbarungen zwischen den Ländern über Verwaltungsvereinfachungen unter Mitwirkung des Reiches werden empfohlen. Ob eine Reform mehr im unitaristischen oder föderalistischen Sinne durchgeführt werden soll, wird offen gelassen. Im übrigen enthält die Entschließung die in den großen Referaten der Konferenz zum Ausdruck gekommenen Grundgedanken.

Zum Abschluß des zweiten Beratungstages behandelte der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff das Thema „Maßnahmen zur Gewährleistung sparsamster Finanzwirtschaft". Er riet, aus den englischen Gesetzen die Bestimmung zu übernehmen, daß Anträge auf Mehrausgaben nur mit Zustimmung der Regierung eingebracht werden können.

Beim Fortgang der Verhandlungen am Mittwoch sprach der sächsische Innenminister Apelt. Er führte aus, daß die Frage der Verwaltungsorganisation unabhängig davon behandelt werden könne, wie sich der einzelne zur Frage des Einheitsstaates oder des Föderativstaates stelle.

Der bayerische Innenminister Dr. Stübel hielt das Korreferat, in dem er in einzelnen Teilen dem Vorredner zustimmte, in anderen von ihm abwich.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Neuerungen im Reichsmietengesetz.

Der Beschluß des Wohnungsausschusses des Reichstages über Aufhebung der Vorschriften des Reichsmietengesetzes für Wohnungen mit mehr als fünf Wohnräumen ist teilweise mißverstanden worden. Reichsmietengesetz und Mieterschutzgesetz bleiben nach wie vor für die bereits vermieteten Wohnungen dieser Art in Geltung. Der Vermieter ist also nicht berechtigt, eine Erhöhung der Miete zu fordern oder zu kündigen. Nur, falls nach dem 1. April 1928 eine Wohnung mit mehr als fünf Wohnräumen frei geworden ist und neu vermietet wird, soll der neue Mieter an die mit ihm vereinbarte Miete gebunden sein und sich nicht mehr auf die gesetzliche Miete berufen dürfen. Die Strafbestimmungen gegen Wucher sollen auch hier gelten. Je mehr derartige Versuche einer Lockerung des Mieterschutzes zu nicht gerechtfertigten Mietsteigerungen ausgenutzt werden, um so weniger ist mit weiteren Lockerungen zu rechnen. Der Beschluß des Wohnungsausschusses bedarf im übrigen noch der Zustimmung des Reichstages.

Beamte und Arbeiter im Reich.

Dem Reichstage ist vom Finanzminister eine Übersicht über den Personalstand nach dem Stande vom 1. Oktober 1927 zugegangen. Danach waren zu diesem Zeitpunkt bei den Hoheitsverwaltungen 97 282 Beamte, 25 001 Angestellter und 51 473 Arbeiter, bei der Post und Reichsdruckerei 249 125 Beamte, 3593 Angestellte und 44 483 Arbeiter beschäftigt.

Freistaat Danzig.

Eine neue Regierung in Danzig.

Nach wochenlangen Verhandlungen ist es jetzt gelungen, in Danzig eine neue Regierung zu bilden, nachdem die Deutschnationalen der Regierung den Rücken gekehrt hatten. Der Volkstag wählte 14 neue nebenamtliche Senatoren, und zwar 8 Sozialdemokraten, 4 Vertreter des Zentrums und 2 Deutschliberale. Die Regierungserklärung wird in einer Sitzung der nächsten Woche erfolgen. Das Kernstück dieses Programms wird eine Erklärung zur Verständigung mit Polen und die Änderung der Verfassung zur Einführung des vollparlamentarischen Systems bilden.

Frankreich.

Die Militärdienstzeit in Frankreich.

Zwischen dem Heeresausschuß der Kammer und dem Kriegsminister war ein Konflikt darüber ausgebrochen, zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Bedingungen die einjährige Dienstzeit eingeführt werden solle. Der Heeresausschuß der Kammer hat, nachdem der Ministerpräsident und der Kriegsminister zu der Frage Stellung genommen hatten, einen von der Regierung vorgeschlagenen neuen Text angenommen, der vorsieht, daß im November 1930 anstatt im Mai sämtliche Vorbedingungen für die Einführung der einjährigen Dienstzeit erfüllt sein müssen. Darauf hat der Berichterstatter des Heeresausschusses der Kammer den ursprünglichen Text fallen lassen, so daß, wie Havas berichtet, endgültig eine Einigung über diese Frage mit der Regierung erzielt worden ist. Es handelt sich hauptsächlich um die Erhöhung der Zahl der Berufssoldaten von 72 000 auf 106 000 Mann, die nun bis Ende November durchgeführt sein muß.

Aus In- und Ausland.

Genf. Die ständige Delegation der Tschechoslowakei beim Völkerbund hat von der Prager Regierung telegraphisch die Instruktion erhalten, beim Generalsekretariat des Völkerbundes offiziell eine Untersuchung der ungarischen Waffenschmuggelaffäre zu beantragen.

Belgrad. Königin Maria von Jugoslawien hat einem Knaben das Leben geschenkt. Das Ereignis wurde sofort von der Festung Belgrad durch 101 Kanonenschüsse bekanntgemacht. Der neugeborene Prinz hat den Namen Andreas erhalten.

Moskau. Die Verbannung der russischen Oppositionsführer wird jetzt amtlich bekanntgegeben. Sie soll zunächst für drei Jahre gelten.

Basorah. Die Bauernbevölkerung der persischen Provinz Arabistan, die sich hauptsächlich aus Arabern zusammensetzt, hat sich gegen die persische Regierung erhoben, da unter dem neuen Regime die Steuern verdoppelt worden sind. Die Bauern des Bezirkes von Quasbah haben die persischen Beamten verjagt und die Regierungsbureaus besetzt.

Aus der Umgegend

Nebra, 21. Januar.

— **Vaterländischer Frauenverein.** Am 12. d. M. fand im Saale des Hotel „Zur Burg" die erste diesjährige Monatsversammlung der Ortsgruppe Nebra im Vaterländischen Frauenverein statt, die sehr gut besucht war. Eine besondere Note erhielt die Versammlung noch dadurch, daß in ihr der Zeitpunkt festgehalten wurde, an dem vor 35 Jahren Frau Oberpfarrer Schwieger die Leitung der Ortsgruppe übernahm. Aus diesem Anlaß war der Platz der Leiterin mit Blumen geschmückt. In einer kleinen Aufführung, dargestellt von 10 jungen Mädchen, wurde der Ziele des Vereins und der Verdienste dessen Leiterin in sinniger Weise gedacht und so in würdiger Weise die schlichte Feier bestens umrahmt. Auch Frau Baronin von Heldorff, welche aus Pulsnitz eigens dazu gekommen war, nahm an der Versammlung teil. Möge die Ortsgruppe auch fernerhin unter der treuen Führung der Frau Oberpfarrer Schwieger weiter bestehen zum Segen Vieler.

— **Preisskat.** Ins „Weiße Roß"! lautet für Sonntag die Parole aller Skatbrüder. Wer mit Umsicht spielt und obendrein etwas Glück hat, kann sich das Geld fürs verheißungsvolle „Strandfest" am Abend erringen.

— **Strandfest.** Im „Schützenhause" ging es in den letzten Tagen lebhaft her, denn die sonst doch einfachen Räume haben in wenigen Tagen ein ganz anderes Aussehen erhalten, sodaß sich keiner mehr darin zurechtfinden wird. Ein Strandhotel ist daraus geworden, und am Sonntag bewegt sich darin das fashionable Badepublikum just wie im heißen Sommer. Jeder amüsiert sich je nach dem Inhalt seines Geldbeutels. Ueberraschungen werden nicht ausbleiben und wer nicht dabei war, der wird sich am Montag gewiß ärgern. Eine Veranstaltung in diesem Ausmaß hat unser Städtchen wohl noch nicht gehabt, darum sollte jeder, der Sinn für Scherz und Humor sich bewahrt hat, in die Reihe der Badegäste eilen.

— **Die Stadtlichtspiele** haben für nächsten Sonntag, wie so oft, ein Zug- und Kassenstück erworben. Nach dem gewiß auch bei uns größtes Interesse findenden Hauptfilm kommt etwas zum Totlachen — ein Beiprogrammfilm, der zwar eine alltäglich vorkommende Angelegenheit darstellt, aber so voll Humor und Witz, wie im Film dargestellt, kommt das „Klauen einer Braut" eben nur in der Filmphantasie vor.

Strafsachenverhandlung am Amtsgericht Nebra

Termine in Strafsachen am 19. Januar 1928.

Vorsitzender: Amtsgerichtsrat Meisscheider, Nebra.
Vertreter der Staatsanwaltschaft: Gerichtsaktuar Hentze, Nebra.

1. Gegen einen Strafbefehl in Höhe von 50 RM. wegen Unterschlagung hat der Kapellmeister Gustav Erbs, früher in Nebra, jetzt in Staßfurt-Leopoldshall, gerichtliche Entscheidung beantragt. Es wird ihm zur Last gelegt, beim Gastwirt Mögling in Liebersteddt einen einkassierten Geldbetrag von 30 RM., ferner zweimal je 1 RM., die er aus dem Verkauf von Geigenbezügen an die Musikschüler erhalten hatte, nicht an den Musikdirektor Wächter, dem diese Gelder gehörten, abgeliefert, sondern für sich behalten, ferner ein Geschäftsbuch, gleichfalls dem vorgenannten Wächter gehörig, nicht abgeliefert zu haben. Erbs bestreitet, sich der Unterschlagung schuldig gemacht zu haben, er will das Geld für die Geigenbezüge an Fräulein Wächter abgeliefert haben, ferner sei das Geschäftsbuch sein Eigentum gewesen, und 30 RM. von Mögling abzuholen hielt er sich für berechtigt, da er noch Forderungen an Wächter habe. Das Gericht hält den Angeklagten Erbs der Unterschlagung für nicht schuldig und wird letzterer deshalb freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens fallen der Staatskasse zur Last.

2. Gegen einen Strafbefehl in Höhe von einer Woche Haft wegen Entziehung von der Unterhaltungspflicht hatte der Arbeiter Kurt Almroth in Webendorf gerichtliche Entscheidung beantragt. Es wird ihm zur Last gelegt, für sein uneheliches Kind nicht gesorgt zu haben, indem er kein Unterhaltsgeld zahlte, obwohl er dazu in der Lage war. Er schuldet für sein uneheliches Kind 820.— RM. an Unterhaltsgeld. Das Urteil lautete heute: der Angeklagte ist der Uebertretung des § 361, Ziffer 10 des R.Str.G.B. schuldig und wird zu einer Haftstrafe von einer Woche verurteilt. Die Kosten des Verfahrens trägt der Angeklagte. Die Vollstreckung der Strafe wird auf die Dauer von 2 Jahren unter der Voraussetzung ausgesetzt, daß der Verurteilte wöchentlich 3.— RM. an den Amtsvormund als Unterhalt für die am 10. Februar 1924 geborene Toni Irma Schrimpft bezahlt.

Roßleben. [Auflösung der Gutsbezirke.] Nach dem Gesetz über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts vom 27. Dezember 1927 müssen in Preußen die selbständigen Gutsbezirke aufgelöst werden. Der Landrat des Kreises hat bis zum 15. Januar den beteiligten Gemeinden und Gutsbezirken den von ihm bezw. von der Kreisausschußbehörde entworfenen Plan über die Auflösung und Zusammenlegung der Gutsbezirke und Gemeinden zu übereichen. Bis zum 6. Februar d. Js. haben diese ihre Erklärung hierzu abzugeben. Die Frist ist so kurz gesetzt, um den Einwohnern des Gutsbezirks Gelegenheit zu geben, sich bereits an den im Frühjahr d. J. stattfindenden Gemeindewahlen zu beteiligen. Wie wir hören, hat die Klosterschule Roßleben, als Trägerin des Gutsbezirks Kloster Roßleben, ihre Zustimmung zu dem vom Landrat des Kreises Querfurt entworfenen Plane bereits gegeben. Nach dem § 13 Nr. 4 des obigen Gesetzes wird der Gutsvorsteher vom Kreisausschuß bestimmt. Der Gutsbesitzer ist somit nicht mehr der geborene Gutsvorsteher. Für den hiesigen Gutsbezirk ist vom Kreisausschuß Herr Verwaltungsdirektor Marquardt als Gutsvorsteher gewählt worden. Die notwendig werdenden Auseinandersetzungen zwischen Gemeinden und Gutsbesitzern kommen erst nach dem späteren Beschluß des Staatsministeriums auf die Vorschläge in einem besonderen Verfahren infrage.

Gehofen. Von der Treue des Pferdes zeugt ein Fall, der kürzlich dem Kutscher des Amtsrats B. zustieß. Die Pferde scheuten, das Geschirrzeug zerriß und die Tiere rasten davon. Während das eine immer weiter jagte, kehrte das andere nach kurzer Zeit zu dem verunglückten Kutscher zurück und stellte sich neben ihn in den Chausseegraben, bis Hilfe hinzukam und der Verunglückte hinweggebracht wurde.

Sangerhausen. Im Regierungsamtsblatt der Merseburger Regierung wird das in den Gemarkungen Questenberg und Wickerode liegende Gelände am Questenberge mit Ausnahme der geschlossenen Ortslage von den Ministern für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und für Landwirtschaft zum Naturschutzgebiet erklärt. Die Aufsicht darüber ist dem Regierungspräsidenten in Merseburg übertragen worden. Das Naturschutzgebiet muß in seiner ursprünglichen Eigenart erhalten werden. Jede auf Gewinnung von Bodenschätzen gerichtete Tätigkeit, wie die Vornahme von Sprengungen, Ausgrabungen, Mutungen, bedürfen der Genehmigung des Regierungspräsidenten. Das Gebiet soll ferner frei gehalten werden von Schienengleisen, Starkstromleitungen und Reklamen. Innerhalb des engeren Bezirks des Questenberges ist jeder Eingriff in seine Oberfläche verboten, jedes Umpflanzen, Aufforsten oder Roden von Bäumen, jedes Abreißen von Pflanzen und Fangen von Tieren untersagt. Die Höhle, die in dem nördlich an den Questenberg angrenzenden Bergrücken erschlossen ist, darf nicht verändert werden.

Freyburg (Unstrut). [Durch die 10 000 Volt-Leitung verbrannt.] Der im Umformerwerk beschäftigte Schalterwärter Karl Günther wurde bewußtlos am Boden aufgefunden. Er ist nicht vernehmungsfähig. Der Umstand, daß an beiden Händen Brandwunden vorhanden sind, deutet darauf hin, daß er auf einer Leiter stehend, die 10000 Volt-Leitung berührt hat. Wahrscheinlich ist er dann mit der Leiter umgefallen und mit dem Kopf auf den Boden aufgeschlagen.

Teuchern. In der Nähe des Rittergutes Tackau überfielen nachts drei junge Burschen den dort beschäftigten Hauslehrer und schlugen auf den Wehrlosen so brutal ein, daß ihm außer erheblichen Kopfverletzungen das Nasenbein zertrümmert wurde. Dem Wildschützer Oberlandjäger gelang es, einen Arbeiter aus Nöditz als einen der Uebeltäter festzustellen.

Merseburg. Für das Gebiet Merseburg-Leuna-Geiseltthal sowie Weißenfels und Zeitz soll zum 1. April eine einheitliche staatliche Polizei gebildet werden mit einem gemeinsamen Präsidium. Ob das Präsidium nach Merseburg oder Weißenfels kommt, steht noch nicht fest.

Eisleben. Anläßlich der Frühjahrsmesse in Leipzig beabsichtigen die Verkehrsämter der Lutherstädte Eisenach, Erfurt, Wittenberg und Eisleben eine gemeinsame Lutherstättenwerbung durchzuführen. In einem größeren Raume werden die hauptsächlichsten Gebäude usw. aus dem Leben und Wirken des Reformators bildlich und plastisch dargestellt.

Neubiendorf. Gestern früh wurde der in den Anhalter Kohlenwerken beschäftigte Schlosser Fritz Müller von hier im Birkenwäldchen bei Zöbigker tot aufgefunden. Der 20jährige junge Mann hatte sich in den Kopf geschossen. Der Grund zur Tat ist nicht bekannt.

Gera. Im benachbarten Momsen richtete am Mittwochvormittag im Verlaufe eines Streites der 56 Jahre alte Tischlermeister Emil Jacob plötzlich einen Revolver auf seinen 22 Jahre alten Sohn und verletzte ihn durch fünf Schüsse in den Rücken schwer. Danach richtete der Vater die Waffe gegen sich selbst und tötete sich durch einen Schuß in den Mund. Der Sohn wurde schwer verletzt in das Geraer Krankenhaus eingeliefert. Vater und Sohn arbeiteten in der Tischlerwerkstätte des Vaters zusammen, lebten aber bereits seit geraumer Zeit in Unfrieden miteinander.

Oker a. H. Im Okertal ereignete sich oberhalb Romkerhalle ein tödlich verlaufener Unglücksfall. Der Kaufmann Wedemeyer befand sich mit seiner Ehefrau von Schulenberg nach dem Bahnhof Oker, um nach Hannover zu fahren. Kurz vor Romkerhalle wollte das Ehepaar einem Geschäftsauto ausweichen. Man trat hinter eine Baumreihe an der Straße. Dabei glitt der Mann auf dem schlüpfrigen Fußpfade aus, stürzte in die Hochwasser führende Oker und wurde von den Fluten mitgerissen. Der Verunglückte konnte nur noch als Leiche geborgen werden.

Magdeburg. Der Schmiedelehrling Reichard, ein Sohn des Schmiedemeisters Reichard, Staßfurt, kam am Löbnitzer Weg der Starkstromleitung zu nahe und starb im Krankenhause an den erlittenen Verletzungen.

Nah und Fern.

○ **Ein Geisteskranker im Palais des Reichspräsidenten.** Im Palais des Reichspräsidenten in Berlin erschien ein Mann, der den Reichspräsidenten zu sprechen wünschte. Er wurde vom Diener in das Bureau verwiesen, von wo er sich nach einigem Verweilen entfernte und dann an den Reichswehrposten herantrat, diesen in militärischer Weise prüfte und dabei irre Reden führte. Der Mann lief dann auf dem Hof umher und mußte schließlich von einem herbeigerufenen Polizeibeamten zum Revier gebracht werden. Er wird auf seinen Geisteszustand untersucht werden; allem Anschein nach handelt es sich um einen Geisteskranken.

○ **Im Alter von 104 Jahren** starb in Berlinchen in der Neumark die Witwe Ernestine Michling. Sie war bis in ihre letzten Tage hinein verhältnismäßig rüstig und galt als älteste Einwohnerin des Ostens unseres Vaterlandes.

○ **Ein schweres Unglück verhütet.** In der Maschinenbauanstalt und Automobilreparaturwerkstätte der Firma Emil Schulz u. Co. in Kiel brach Feuer aus, das durch das Eingreifen der Feuerwehr in kurzer Zeit gelöscht werden konnte. Es lag Brandstiftung vor. Zwei Fässer mit insgesamt zwei Zentnern Karbid waren angebohrt worden, um den Flammen Zutritt zu gewähren. Eine Explosion dieser riesigen Menge hätte genügt, um ein unmittelbar danebenliegendes Wohnhaus vollkommen in Trümmer zu legen. Die vier Inhaber der Firma wurden vorläufig festgenommen, doch scheint für die Tat nur einer von ihnen in Betracht zu kommen. Die dort beschäftigten Arbeiter sind brotlos geworden.

○ **500 000-Mark-Stiftung für Heidelberg.** Für die Universität Heidelberg beabsichtigt eine namhafte Persönlichkeit der rheinischen chemischen Großindustrie die Stiftung von über einer halben Million Mark. Ihr Zweck ist, Angehörigen der Universität Reisen ins Ausland zu ermöglichen und den geistigen Austausch mit anderen Ländern und Völkern zu fördern.

○ **Rachakt an einem Kind.** Der 20jährige Valentin Schuhmacher aus Höchst am Main, der vor zwei Jahren auf seine Braut geschossen hatte und dafür zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt wurde, erschien in der Wohnung seiner früheren Braut, tötete aus Rache für die erlittene Strafe ihr auf ihrem Schoße ruhendes kleines Kind durch drei Revolverschüsse und erschoß sich dann selbst.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280121-12/fragment/page=0002

⊙ **Deutschvölkische Kundgebung in Wien.** Ungefähr 200 Deutschvölkische versammelten sich vor der Wiener Staatsoper, um gegen die Aufführung von Kreneks Oper „Jonny spielt auf" zu demonstrieren. Die Wache, die von dieser Absicht Kenntnis hatte, war in größerer Zahl ausgerückt und drängte die Demonstranten in eine Seitengasse ab. Dort versammelten sie sich neuerdings und sangen das Deutschlandlied und ein Spottlied auf die Republik. In der Elisabethstraße kam es zu stürmischen Kundgebungen der Demonstranten, wobei mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden.

⊙ **Das Käppi kommt wieder.** Im französischen Heer soll das alte traditionelle Käppi wieder zu Ehren kommen und neben dem Helm die einzige Kopfbedeckung der Soldaten werden. Während des Krieges wurde bekanntlich die zweizipfelige Mütze eingeführt, die bis zum Aufbrauchen der Tuchvorräte und Bestände weiterlebte.

⊙ **Kieloben auf dem Großen Ozean.** Aus einem von den drahtlosen Stationen der pazifischen Küste aufgefangenen Telegramm der Funkstation Wenosima bei Schanghai geht hervor, daß das chinesische Kanonenboot „Haichen" an der chinesischen Küste gekentert ist und kieloben treibt. Die Mannschaft des Schiffes, die 295 Köpfe umfaßt, soll gerettet worden sein.

⊙ **Kapitän Byrd plant eine Nordpolreise.** Wie aus Chikago berichtet wird, kündigt Kapitän Byrd an, daß er im September an Bord des Walfischdampfers „Sampson" von Newyork aus eine Expedition nach dem Nordpol antreten werde. Die Expedition wird insgesamt 50 Personen stark sein. Byrd erklärt, daß er mit dem Schiff so weit nördlich gehen werde, als die Eisbarriere es erlaube. Auf dem Schiff wird eine Ausgangsstation für die Fortsetzung der Nordpolreise mit Hundeschlitten errichtet werden. Falls auch dieses Fortbewegungsmittel versagt, sollen Flugzeuge für den Rest der Reise benutzt werden.

Bunte Tageschronik

Königsberg. Bei Suwalki an der polnisch-ostpreußischen Grenze kam es zu einem Kampf zwischen polnischen Grenzwächtern und Schmugglern. Zwei Schmuggler wurden erschossen.

Paris. Der französische Übersedampfer „Suffren" brachte eine Goldsendung von 10 Millionen Dollar nach Le Havre. Die kostbare Ladung, die in 147 Fässern untergebracht war, wurde unter starkem Polizeiaufgebot nach Paris befördert.

Budapest. Hier wurde die reiche Witwe des Großgrundbesitzers Wolf v. Szent-Ivanyi in ihrem ausgebrannten Schlafzimmer tot aufgefunden.

Jerusalem. Hier wurde ein leichter Erdstoß verspürt. Berichte aus dem Bezirk Jericho besagen, daß stärkere Erdstöße im Jordantal und um das Tote Meer herum erfolgten.

Wiederaufnahme des Femeprozesses Wilms?

Berlin. Im Femeprozeß Wilms ist das Urteil des Reichsgerichts, durch das die Revision der zum Tode verurteilten Oberleutnants Schulz und Führmann und Feldwebel Klapproth und Umhöfer verworfen ist, jetzt zugestellt; es umfaßt einige 20 Seiten. Gleichzeitig ist von der Verteidigung ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens bei der zuständigen Strafkammer in Berlin eingegangen.

General Kluck Ehrendoktor.

Berlin. Die juristische Fakultät der Universität Erlangen hat den bekannten Heerführer aus dem Weltkriege, den Generalobersten Alexander von Kluck, den Führer der siegreichen 1. Armee an der Marne 1914, zum Ehrendoktor der Rechte promoviert.

Nur das nackte Leben gerettet.

Uetersen. In Neuendeich brannte das große Anwesen des Bauern Heinsch bis auf die Grundmauern nieder. Der gesamte Viehbestand verbrannte. Der Besitzer, seine Familie und das Personal mußten unbekleidet auf die Straße flüchten. Auch das Mobiliar ist bis auf wenige Stücke vollständig vernichtet worden. Man vermutet Brandstiftung.

General von Hofacker †.

Tübingen. Hier starb im Alter von 66 Jahren General von Hofacker. Er war während des Krieges Kommandierender General eines preußischen Armeekorps.

Verhaftung eines Deutschen in Paris.

Paris. In Paris wurde der deutsche Staatsangehörige Otto Jäckel verhaftet in dem Augenblick, als er sich anschickte, Frankreich zu verlassen, um nach Südamerika zu reisen. Jäckel wird von der Hamburger Staatsanwaltschaft wegen Scheckfälschungen gesucht.

Die Unstimmigkeiten in der Zentrumspartei

Ergebnisse der Vorstandsberatung.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages beschäftigte sich in längerer Verhandlung mit den Spannungen, die sich in den letzten Tagen infolge der bekannten Vorgänge in der Partei gezeigt haben. Über das Ergebnis der Sitzung wurde folgende Mitteilung ausgegeben:

„Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstags trat zu einer Sitzung zusammen, die sich u. a. in mehrstündigen Verhandlungen mit inneren Angelegenheiten der Partei beschäftigte. Die Beratungen konnten nicht zu Ende geführt werden, weil der Reichskanzler durch die sich über Erwarten lange hinziehende Länderkonferenz abgehalten wurde und mehrere andere Mitglieder des Vorstandes am Erscheinen verhindert waren."

Nach einer über diese nur formalen Charakter tragende Verlautbarung hinausgehenden Nachricht wird gesagt, daß die Verhandlungen deshalb nicht zu Ende geführt werden konnten, weil zunächst noch der Abg. Imbusch gehört werden soll, dessen Rede am vorigen Sonntag so großes Aufsehen erregte. Imbusch wird erst in den nächsten Tagen in Berlin eintreffen. Dagegen war Abgeordneter Dr. Stegerwald anwesend.

Nach den Verhandlungen in dieser Angelegenheit trat der Vorstand der Zentrumsfraktion noch in eine Besprechung der allgemeinen politischen Lage ein. Hieran nahmen auch die inzwischen eingetroffenen Reichskanzler Dr. Marx und Reichsfinanzminister Dr. Köhler teil.

Indiskretion beim Marx-Brief.

Der geschäftsführende Ausschuß des Katholischen Lehrerverbandes des Deutschen Reiches läßt erklären, daß sein Briefwechsel mit der Deutschen Zentrumspartei und insbesondere der Privatbrief des Reichskanzlers vom 19. Dezember 1927 durch einen bedauerlichen Mißgriff eines Vorstandsmitgliedes in die Öffentlichkeit gekommen sind. Der geschäftsführende Ausschuß hat die unberechtigte Veröffentlichung aufs schärfste mißbilligt. Das betreffende Vorstandsmitglied hat sein Amt im Gesamtvorstand des Katholischen Lehrerverbandes inzwischen niedergelegt.

Prälat Schober über den Zwist.

Der Vorsitzende der Badischen Zentrumspartei, Prälat Dr Schober, äußerte in einer Unterredung: Es wäre falsch, die Gefahren der heutigen Schwierigkeiten in ihrer Bedeutung zu unterschätzen. Es sei nicht zu verkennen, daß in der letzten Zeit auf der einen oder anderen Seite bedauerliche Fehler gemacht worden seien. Auch der politische Führer im Zentrum müsse stets auf gewisse Grenzen Rücksicht nehmen. Er sei der Ansicht, daß Dr. Marx in den Ausdruck „von einigen Gewerkschaftsführern" nichts Kränkendes habe hineinlegen wollen. Jedenfalls müsse es im Zentrum zur Selbstverständlichkeit gehören, daß die Angehörigen des Arbeiterstandes genau so wie früher geachtet und geschützt werden müßten wie die Angehörigen jedes anderen Standes.

§ 16a des Schulgesetzes fällt weg.

Berlin. Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Scholz, hat seine Unterschrift unter den Antrag betreffend den § 16a des Schulgesetzentwurfes, zurückgezogen.

Da dieser Paragraph keinen organischen Bestandteil des Gesetzes bildet, sind die übrigen Parteien, nach einer Korrespondenzmeldung, damit einverstanden, daß der Paragraph fortfällt. Damit gilt die Angelegenheit als erledigt.

Verlängerung der Hauszinssteuerverordnung in Preußen.

Berlin. Da es nicht gelungen ist, das Steuervereinheitlichungsgesetz im Reich für das laufende Jahr zur Verabschiedung zu bringen, hat sich das preußische Staatsministerium, dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge, veranlaßt gesehen, dem Staatsrat einen Gesetzentwurf über die Verlängerung der Geltungsdauer der Hauszinssteuerverordnung bis zum 31. März 1929 mit der Bitte um beschleunigte gutachtliche Äußerung zu überreichen.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Lohnkonflikt in der Mühlenindustrie.) Der Schlichtungsausschuß fällte in der Angelegenheit der Berliner Mühlenindustrie einen Schiedsspruch, der für die gelernten Arbeiter ab 1. Januar bis 30. Juni eine Zulage von zwei Mark pro Woche und ab 1. Juli bis 31. Dezember eine Aufbesserung von weiteren zwei Mark vorsieht. Während die Mühlenarbeiter den Schiedsspruch annahmen, lehnten die Arbeitgeber der Mühlenindustrie ihn ab. Die Organisation der Mühlenarbeiter hat nun beim Schlichter die Verbindlichkeitserklärung beantragt.

Wirtschaftlicher Wochenbericht

Mitgeteilt von der Girozentrale-Kommunalbank, Magdeburg, durch die Stadtsparkasse Nebra a. U.

Der Ausweis der Reichsbank vom 7. Januar zeigt einen Rückgang der gesamten Kapitalanlage der Bank an Wechseln, Schecks, Lombards und Effekten um 548 4 Millionen auf 2,752 Millionen Reichsmark. Der Umlauf an Reichsbanknoten hat sich um 393,1 Millionen auf 4 170,9 Millionen Reichsmark, der an Rentenbankscheinen um 86,8 auf 679 9 Millionen Reichsmark verringert. — Der Ruhrverband in Essen hat mit dem Bankhaus Gebr. Arnhold in Berlin und einem amerikanischen Bankenkonsortium eine mit 6½% verzinsliche Anleihe im Betrage von 3 Millionen Dollar abgeschlossen. — Die deutsche Roheisengewinnung im Jahre 1927 ist, wie gemeldet wird, mit 13 102 528 Tonnen um 3 459 009 Tonnen, d. h. um 35,87 % höher, als die des Jahres 1926. Die Roheisengewinnung des Jahres 1927 entspricht 78,17 % der Roheisengewinnung des Jahres 1913 im Deutschen Reich damaligen Umfanges. — Die Rohstahlgemeinschaft, der Produktenverband und der Stabeisenverband beschlossen eine mäßige Erhöhung der Eisenpreise. — In Magdeburg und Halle ist ein Streik der Metallarbeiter ausgebrochen. In Magdeburg allein haben 11 500 Metallarbeiter die Arbeit niedergelegt. Am 19. haben Einigungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium begonnen. — Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist von 830 000 am 15. 12. 27 auf 1 188 500 am 31 12. 1927 gestiegen. — In der Krisenfürsorge hat sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von 171 400 am 15. 12. 27 auf 211 400 am 31. 12. 1927 vermehrt. — Der Gesamtindex beläuft sich auf 139 % gegen 139,4 % der Vorwoche. — Die Haltung der Börse in der Berichtswoche wurde ungünstig beeinflußt durch eine starke Kaufunlust des Publikums, sodaß sich das Kursniveau allgemein senkte. — Der Devisenmarkt lag nach Schwankungen gegen Ende der Berichtswoche mit Ausnahme der Auszahlungen Amsterdam und Brüssel leicht abgeschwächt. Größere Kursabschläge hatte nur Madrid zu verzeichnen. Wenngleich sich in den letzten Tagen am Geldmarkt eine kleinere Anspannung bemerkbar machte, so ist der Geldstand im allgemeinen doch als flüssig zu bezeichnen. Der Privatdiskont, der am 14. d. Mts. von von 6 auf 5⅞ Prozent herabgesetzt wurde, ist am 17. ds. Mts. für beide Sichten um je ¼ auf 6⅛ Prozent wieder erhöht worden

Menschen untereinander.

(Sonntagsgedanken.)

Seit eine Menschheitsgeschichte besteht, sind Menschen aufeinander angewiesen. Mögen wir das auch manchmal leugnen wollen, wenn uns in Augenblicken vermeintlichen Unabhängigkeit der Blick für die Realitäten des Lebens verloren geht, immer werden wir wieder entdecken müssen, daß wir in der Gegenseitigkeit des Daseins, den wechselreichen Beziehungen des Menschen zum Menschen die stärksten Antriebe für das eigene „Ich" erhalten. Kein Mensch ist so gering, daß er für die Allgemeinheit unentbehrlich wäre, so wenig eine Kette vollständig ist, wenn auch nur ein Glied ihr fehlt. In der Befruchtung unserer Gedanken und Pläne durch unsere Mitmenschen, in dem Bewußtsein, mit der eigenen Person anderen etwas bedeuten zu können, erstarkt das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Menschen, die Gemeinschaft.

Weite Kreise unseres Volkes wünschen heute eine Gemeinschaft echtester Prägung. Sie ist nur denkbar aus innen heraus, aus den Kräften wirklicher Bruderliebe und gütigen Vertrauens. Achtung des Starken vor dem Schwachen, des Hohen vor dem Niedrigen, des Geistesarbeiters vor dem Handarbeiter und umgekehrt ist die gesunde Wurzel dieser Gemeinschaft.

Das Leben stellt uns täglich vor die Aufgabe, solche Bruderliebe betätigen zu können. Seltener in großen Dingen, oft in den kleinen. Aber gerade in der Beachtung der kleinen Zufälligkeiten, die uns der Vater im Himmel zur Prüfung schickt, bewährt sich die Treue. Und man verlangt nicht mehr von einem Haushalter Gottes, denn daß er treu erfunden werde.

Kirchliche Nachrichten

3. Sonntag nach Epiphanias, den 22. Januar 1928.

10 Uhr vorm.: Hauptgottesdienst **im Gemeindesaal.**
11¼ Uhr vorm: Kindergottesdienst im Gemeindesaal (ältere Abtlg.)
2 Uhr nachm.: Kindergottesdienst im Gemeindesaal (jüngere Abtlg.)

Mittwoch abends 8 Uhr: Bibelstunde im Gemeindesaal.

Freitag abends 8 Uhr: Jungfrauenverein im Gemeindesaal.

Sohr der Knecht

ROMAN von ARNO FRANZ

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(5. Fortsetzung.)

Aus den Stalltüren blickten Knechte und Mägde. Als sie die Herrin sahen, fuhren sie zurück.

„Gutes Regiment," dachte Sohr und trabte der Voranschreitenden nach, die vor dem gegenüberliegenden Gebäude Halt machte.

„Hier werden Sie schlafen," sagte die Frau, öffnete die Tür und trat in ein geräumiges Zimmer, das zu ebener Erde lag.

Sohr folgte.

Mitten im Zimmer blieb die Frau stehen, zog die Börse, entnahm ihr ein Dreimarkstück und gab es Sohr mit den Worten: „Bitte, der Mietsleute: Das ist bei uns von altersher Brauch."

Sohr zitterte die Hand, als er ihn nahm.

„Das wäre erledigt und somit gehören Sie zu uns," sagte sie, „und nun das andere: Ich gebe sechzig Mark Lohn im Monat, trage aber alle Abgaben. Wenn Sie etwas leisten, zahle ich im nächsten Monat siebzig. Sogenannte Revolutionserrungenschaften, wie Deputate und dergleichen, gibt es bei mir nicht, dafür erhalten die Leute anständige Weihnachtsgeschenke und den doppelten Monatslohn zum Erntefest. Bezüglich der Arbeit haben Sie den Weisungen des Hofmeisters Folge zu leisten, jedenfalls haben Sie ein Paar Pferde zu übernehmen. Im übrigen werden Sie ja selbst wissen, wie sich ein gesitteter Mensch zu betragen hat." Im Hinausgehen drehte sie sich noch einmal um. „Geweckt wird früh halb vier Uhr. Gute Nacht."

Sohr stand bewegungslos, versteinert, gänzlich unfähig zu reden oder irgend etwas zu tun, so hatte das Wesen dieser Frau und die Art, wie sie mit ihm sprach, auf ihn gewirkt. Keine Frage hatte sie gestellt, nur diktiert, hatte nicht einmal entfernt in Erwägung gezogen, daß auch er Wünsche haben konnte. Nichts von dem allen. Einfach: hier bist du, hier schläfst du, das hast du zu tun, das bekommst du — aus! Schluß! Nicht einmal ihren Namen hatte sie für nötig befunden zu nennen.

So war mit ihm noch nie verfahren worden. So hätte er einen Schweinehirten nicht engagiert.

Er sah die Gestalt, die von ihm fortging und über den Hof schritt, in nichts zerrinnen, wie alles andere, was um ihn war, auch. Er sah überhaupt nichts mehr, war gar nicht mehr da, nur sein Körper stand seelenlos im Raum.

Der Zustand dauerte wohl fünfzehn Minuten und hätte zum vollkommenen Zusammenbruch geführt, wenn ihn nicht ein Mädchen beendet hätte, das, mit einem Teller in der Hand, in Sohrs Zimmer trat.

Es war die Mamsell Grete Kerst, das Ebenbild ihrer Herrin, ebenso groß, stark, ebenso gesund, nur mindestens zehn Jahre jünger.

„Hier schickt die gnädige Frau Essen und läßt sagen, Sie möchten den Teller hinüberbringen, wenn Sie fertig wären."

Sohr hörte nicht, was das Mädchen sagte und verstand nicht, was es wollte. Er rührte sich nicht und antwortete nicht.

Da wurde Grete Kerst dringlicher.

„Essen sollen Sie," herrschte sie ihn an, und da er das immer noch nicht zu kapieren schien, wurde sie ungehalten: „Mensch, fassen Sie schwer. Sie sollen essen und den Teller in die Küche bringen, wenn Sie fertig sind."

Da dämmerte es Sohr.

„Ich soll —"

„Ja, ja — nur los und dann den Teller in die Küche."

„Das sagt —"

„Die gnädige Frau, jawohl."

Da war es mit Sohrs Beherrschung aus. Das war zuviel für ihn, weil es zu ungewöhnlich und zu neu war.

Mit einem Satz stand er vor dem Mädchen und schüttelte es an den Schultern.

„He, du," donnerte er heraus, „sag' deiner Frau, sie soll —," aber da besann er sich, ließ das Mädchen los und öffnete die Tür.

„Tragen Sie den Teller selbst zur Küche, mitsamt dem, was darauf ist und lassen Sie sich hier nicht wieder sehen. Verstanden! So, und nun dalli."

Draußen war Mamsell Kerst und lief mehr, als sie ging, nach dem Herrenhaus. So einen rabiaten Kerl hatte es auf Finkenschlag noch nicht gegeben.

„Was gafft ihr hier herum!" schnauzte Sohr Knechte und Mägde an, die wie vorhin, so jetzt wieder, an den Stalltüren tuschelten.

Sie fuhren auseinander, weil sie den Neuen noch nicht einzureihen wußten und hätten ihm bestimmt eine Antwort nach ihrer Art gegeben, wenn sie geahnt hätten, daß er auch nicht mehr war wie sie selbst.

Als er an den Ställen vorbeiging und da und dort hineinblickte, grüßten sie ihn. Er dankte, nahm aber von niemandem Notiz, sondern setzte ruhig seinen Rundgang fort. Jeden seiner Schritte beobachteten sie und auch vom Herrenhaus aus schauten drei Paar Augen seinem Tun zu.

Als er an den Wagen kam, dessen Anblick ihn vor einer Stunde schon gestört hatte, weil er als einziger auf dem Hofe stand, packte er die Deichsel. Ein Ruck nach vorn, ein Stoß zurück und die Karre rollte in die Remise, dort schob er sie zurecht, damit sie mit den anderen in Reih und Glied stand.

Diese Anstrengung tat ihm wohl, sie hatte ihm die Hälfte seiner Erregung genommen und denen, die vor Kraft mehr Respekt haben, als vor hausenweisem Wissen, hatte sie gezeigt, daß mit ihm in punkto Zugreifen nicht zu spaßen war.

Dann ging er um die andere Hälfte des Hofes herum und trat in sein Zimmer.

Für ihn war ja heute Feierabend.

Er setzte sich, stützte die Arme auf den Tisch und stellte die Gegenwart vor sich hin. Mit ganz klaren Augen blickte er sie an. Da also war er untergekommen. Vier kahle Wände umgaben ihn, weißgetüncht und ohne jeden Schmuck. Ein Bett, ein Schrank, ein Tisch, zwei Stühle und ein Schemel, auf dem eine Waschschüssel stand und ein Stück Seife lag, das war die Herrlichkeit, die ihn aufrichten sollte.

So dachte sich Sohr die Zelle einer Strafanstalt oder ein Zimmer in einem Spital für die nur noch Geduldeten, für Menschen dritter Klasse, für solche, die keine Ansprüche zu stellen berechtigt sind.

Und doch, wenn er zurückdachte an seinen Besitz, hatten in solchen Zimmern nicht auch seine Tagelöhner gehaust und sich wohlgefühlt, Kinder geboren und großgezogen in solchen Zimmern, geweint und gelacht und waren in solchen Zimmern alt geworden.

Gewiß, er wollte nicht mehr, wie andere. Vorläufig nicht. Zunächst war er ja geborgen. Von Gott und den Menschen erwartete er keine Besserung seiner Lage. Den Glauben hatten sie ihm gründlich zerschlagen. Vorläufig waren es die Hände und zwar seine eigenen, von denen er sich etwas versprach, die wollte er gebrauchen, und wenn dann später auch noch aus dem bißchen Krips, das ihm die Natur verliehen, Kapital herauszuholen war, sollte es geschehen. Man sollte ihn jede Minute auf dem Quivive finden.

Aus diesen Gedanken, Vorsätzen und Erwägungen riß ihn ein kurzes Klopfen.

Sohr fuhr auf, und ohne noch „Herein!" gebeten zu haben, sah er sich einem unterseitzten, vierschrötigen Menschen von ansehnlichem Leibesumfange gegenüber.

Besondere Umstände schienen die auf Finkenschlag allesamt nicht zu machen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280121-12/fragment/page=0003

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 19. Januar.

* **Börsenbericht.** Tendenz: unverändert. Nach den starken Kurssenkungen machte sich Deckungsbedürfnis bemerkbar, während gleichzeitig die Provinz auf der ermäßigten Basis Anschaffungen vornahm. Tagesgeld wurde mit 4,5 bis 6,5 Prozent, für erste Firmen mit 4 Prozent und darunter genannt. Im weiteren Verlauf wurde die Börsenlage durch eine Reihe kleinerer Schwankungen gekennzeichnet. J. G. Farbenindustrie notierten 266 Prozent. Die Diskontermäßigung in Frankreich gab der Börse zeitweise eine Anregung, im großen und ganzen gab es aber keine wesentlichen Veränderungen.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,19—4,20; engl. Pfund 20,44—20,48; holl. Gulden 169,13—169,47; Dänz. 81,74 bis 81,90; franz. Frank 16,47—16,51; schweiz. 80,76 bis 80,92; Belg. 58,42—58,54; Italien 22,18—22,22; schwed. Krone 112,60—112,82; dän. 112,31—112,53; norweg. 111,57 bis 111,79; tschech. 12,42—12,44; österr. Schilling 59,05 bis 59,17; poln. Zloty (nichtamtlich) 46,98—47,17; Argentinien 1,791—1,795; Spanien 71,92—72,06.

* **Produktenbörse.** Das Getreidegeschäft des Weltmarktes ist still und hier ist dasselbe der Fall. Für Weizen sind die Forderungen von Nordamerika ebenso wie von Plata wenig verändert. Das Inland ist mit vermehrten Offerten am Markt und die befriedigenden Qualitäten Sachsens führen auch zum Geschäft, während andere, weniger gute Sorten schwierigeren Verkauf hatten. Im Zeithandel erfolgten auf Ware hin verschiedentlich Abgaben, so daß sich die Preise bei großer Vorsicht der Käufer etwas niedriger stellten. Roggen war nur mäßig auf Abladung offeriert. Im Lieferungshandel des Roggens änderten sich die Frühjahrspreise wenig, wogegen Juli etwas fester lag. Gerste bleibt in guten Qualitäten gefragt. Hafer hat am Platze infolge der Zurückhaltung der Konsumenten schweres Geschäft und die Preise, die an der Küste bezahlt werden, sind hier nur schwer zu erzielen. Mais war teils unverändert, teils fester, doch führten die Cifforderungen nur wenig zum Geschäft; ebenso war die Nachfrage nach greifbarer Ware zurückhaltender.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	19. 1.	18. 1.		19. 1.	18. 1.
Weiz., märk.	233-236	233-236	Weizkl. f. Brl.	15,0	15,0
pommersch.	—	—	Rogkl. f. Brl.	15,0	15,0
Rogg., märk.	233-236	234-237	Raps	345-350	345-350
pommersch.	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Viktoriaerbsen	50-56	51-57
Braugerste	220-270	220-269	kl. Speiseerb.	32-35	32-35
Futtergerste	—	—	Futtererbsen	21-22	21-22
Hafer, märk.	200-211	200-211	Peluschken	20-21	20-21
pommersch.	—	—	Ackerbohnen	20-21	20-21
westpreuß.	—	—	Wicken	21-24	21-24
Weizenmehl			Lupin., blaue	14,0-14,7	14,0-14,7
p. 100 kg. fr.			Lupin., gelbe	15,7-16,1	15,7-16,1
Bln. br. inkl.			Seradella	21,0-25,0	21,0-25,0
Sack (feinst.			Rapskuchen	19,9-20,1	19,9-20,1
Mrk. d. Nr.	30,0-34,0	30,0-34,0	Leinkuchen	22,1-22,4	22,1-22,4
Roggenmehl			Trockenschpl.	12,2-12,4	12,2-12,4
p. 100 kg. fr			Soya-Schrot	21,3-21,6	21,3-21,6
Berlin br.			Torfml. 30/7	—	—
inkl. Sack	31,0-33,7	31,0-33,7	Kartoffelflck	23,3-23,6	23,3-23,6

* **Butterpreise** ab Station Fracht und Gebinde zu Lasten des Käufers). 1. Qualität per Zentner 163 Mark, 2. Qualität per Zentner 149 Mark, abfallende Butter 135 Mark. Tendenz: Ruhig.

* **Eierpreise** per Stück in Pfg. Inlandseier: Große, vollfrische, gestempelte 21, frische über 55 Gramm 17, frische unter 55 Gramm 14; Auslandseier: Extra große 21—22, große 19 bis 21, normale 16—17½; Kühlhauseier 15. Tendenz: Fest. Witterung: Etwas kälter.

Vermischtes.

= **Die Frau ist klüger.** Als der Mann nämlich. Man hätte das eigentlich nicht erst ausdrücklich festzustellen brauchen, da es die Einsichtigen unter uns ohnehin und längst schon wissen oder doch mindestens geahnt haben, aber es ist immerhin gut, daß es jetzt auch von einer mit besonderer Vernunft begabten Stelle, also von einem Parlamentarier, ausdrücklich bestätigt wird. Parlamentarier rangieren, was Klugheit anbetrifft, dicht hinter den Frauen, und so ist es denn von großer Wichtigkeit, vor aller Welt kundzutun, daß das englische Parlamentsmitglied T. P. O'Connor in einer vor seinen Wählern gehaltenen Rede erklärt hat, die Frau sei doppelt so klug wie der Mann. Diese hundertprozentig größere Klugheit der Frau zeigt sich besonders so um das 21. Lebensjahr herum. Ein Mann von 21 Jahren ist meist noch ein bißchen blöde, eine Frau von 21 aber ist — na, wir wissen ja alle, wie sie ist. O'Connors Galanterie gegen die Frauen ist aber nicht bloß theoretischer Natur — sie hat vielmehr auch einen praktischen Zweck und Hintergrund: er wünscht, daß erstens alle Frauen mindestens in demselben Alter stimmberechtigt werden wie die Männer und daß zweitens alle Frauen von 21 schon drei Jahre lang verheiratet sein sollen. Bitte sehr: zwangsweise verheiratet! Wer nicht gutwillig heiraten will, soll, wie O'Connor energisch verlangt, von Staats wegen zur Heirat gezwungen werden, und zwar Männer von 21 an, Frauen aber schon von 18. Wenn die Frauen aber wirklich so klug sind, wie O'Connor es behauptet, werden sie sich schön hüten, auf diesen Leim zu gehen. Wo sie doch Klugheit für zwei aufbringen müssen!

= **Hat der Hahn ein Recht zu krähen?** Es geht um diese Frage ein Prozeß, der sich gewaschen hat. In Marly-le-Roy bei Paris spielt er sich ab und ganz Frankreich ist an dem Ausgang interessiert. Bisher haben die Hähne das Krähen als ein Naturrecht betrachtet, aber nun rückt man ihnen mit dem „corpus juris" zu Leibe. Die Sache fing damit an, daß ein nervöser Schriftsteller, der in Marly-le-Roy wohnt, nicht schlafen konnte, weil ein seinem Nachbarn, einem Hühnerzüchter, gehörender Hahn ungewöhnlich intensiv krähte. Der Schriftsteller erhob Einspruch, aber der Hühnerzüchter erklärte, daß nervöse Menschen in eine Nervenheilanstalt gehörten. Vorladung vor den Friedensrichter. Der aber weiß nicht, wie man sich in so ungewöhnlichen Fällen zu verhalten hat. Der Schriftsteller fordert ein Krähverbot bei Festsetzung einer Geldstrafe für den Fall der Zuwiderhandlung. Demgegenüber verlangt der Hühnerzüchter Anerkennung des unbeschränkten Krährechtes; noch gebe es ja keinen Maulkorbzwang für Hähne. Die Maire von Marly-le-Roy hat die schwierige Materie dem Präfekten des Departements Seine-et-Oise zur Entscheidung überlassen, aber der traut sich auch nicht heran und möchte am liebsten das Parlament mit dem Hahn in Verbindung setzen. Inzwischen haben sich die Tierschutzvereine auf die Seite des krähenden Hahns gestellt, weil der nervöse Schriftsteller so unvorsichtig war, zu erklären, daß man Hähne in niedrige Käfige setzen müßte, damit sie sich nicht recken und den Kopf in den Nacken zurückwerfen können; ein Hahn, der diese turnerische Übung nicht machen könne, vergesse das Krähen. Die Tierschutzvereine aber erblicken in diesem verhinderten Krähen eine Tierquälerei. Neugierig darf man sein, ob nun wirklich eine Verfügung gegen das Krähen der Hähne ergehen wird.

Radfahrervereinigung Nebra u. Umgegend

Am **Sonntag, den 22. Januar** veranstalten wir im

„Schützenhaus"

ein

groß. Strandfest

wozu hiermit jedermann freundlichst eingeladen wird.

Erstklassige Saaldekoration

Gute Tanzmusik / Stimmung / Schifferkneipe

Anfang 7 Uhr

Sommer-, Matrosen- oder sonstiges Kostüm erwünscht, jedoch nicht Bedingung.

„Weißes Roß"

Sonntag, den **22. Januar**, von nachmittag 2½ Uhr an:

Preisskat

Um rege Beteiligung bittet **Else Röllig.**

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Sonntag, den 22. Januar, abends 8¼ Uhr:

„Der Kampf des Donald Westhof"

Ferner:

„Wenn dir einer deine Braut klaut"

Zu diesem großen Filmabend ladet freundlichst ein

Max Borgwardt.

Weiße Zähne

(Übler Mundgeruch beseitigt.)

(Ein Urteil von Vielen): Ich möchte noch bemerken, daß ich seit langen Jahren nur Chlorodont-Zahnpaste gebrauche, da mich keine andere Paste, mag sie noch einen so hoch klingenden Namen tragen, so befriedigt wie diese. Ich bin 46 Jahre, bis auf ein paar gezogene Backenzähne habe ich keinen einzigen schlechten Zahn. Trotzdem ich sehr starker Raucher bin, wundern sich meine Bekannten über das blendend weiße Aussehen meiner Zähne und über mein sonst noch volles tadelloses Gebiß, um welches ich viel beneidet werde. Seit über 25 Jahren kenne ich keine Zahnschmerzen. Vielleicht interessiert sie dies. Flensburg. H. L.

(Originalbrief bei unserem Notar hinterlegt.)

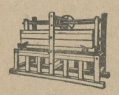
Ueberzeugen Sie sich zuerst durch Kauf einer Tube zu 60 Pfg., große Tube 1 Mk. Chlorodont-Zahnbürsten 1.25 Mk., für Kinder 70 Pfg. Chlorodont-Mundwasser Flasche 1.25 Mk. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen. Man verlange **nur echt** Chlorodont und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Ein junges

Mädchen

(nicht über 15 Jahre alt) sucht f. den Haushalt zum 1. Februar Frau Kaufm. **Bachrodt,** Nebra a. U.

Teppiche — Läufer ohne Anzahlung in 10 Monatsraten lieferbar. **Teppichhaus Agay & Glück,** Frankfurt a. M. 636 Schreiben Sie sofort!



Allen überlegen sind Herrschuh's neueste

Wäschemangeln

mit gesetzl. geschützten Führungsflügeln. Kein Rutschen u. Schiefaufen mehr. Herrliche Wäscheglättung, viel Kundschaft, gute Einnahme. Bequeme Zahlung.

Ernst Herrschuh

Tiegmar-Chemnitz 16.

Aelteste und bedeut. Spezialfabrik.

Kräftigen

Hausburschen,

nicht unter 16 Jahre, zum sofortigen Antritt sucht **Friedr. Fichtel, Gehofen.**

Grosswangen

Sonntag, den **29. Januar**

Masken-Ball

Hierzu ladet freundlichst ein **B. Stops.**

VITZENBURG

Sonntag, den **12. Febr.**

Maskenball

Um rege Beteiligung bittet

Otto Wirkimann.

„WEISSES ROSS"

Voranzeige **Sonntag, den 5. Februar** Voranzeige

großes Bockbierfest

2 Geschäftswagen, 2 junge Pferde

1 mitteljunges Pferd verkauft

Färberei Carl Bartels, Naumburg a. S.

Besichtigung Sonntags.

Französisch

übt oder lernt man rasch und gründlich, wenn Vorkenntnisse vorhanden, mit Beihilfe einer französischen Zeitung. Dazu eignet sich ganz besonders der vorzüglich redigierte und bestempfohlene

Le Traducteur

Französ.-deutsches Sprachlehr- u. Unterhaltungsblatt.

Probenummer kostenlos durch den Verlag des **Traducteur** in **La Chaux-de-Fonds** (Schweiz).

Stellen-Anzeigen

für den

„Personal-Anzeiger des Daheim"

werden durch unsere Geschäftsstelle ohne Spesenzuschlag vermittelt.

Das Publikum hat nur nötig, die kleinen Anzeigen bei uns abzugeben und die Gebühren zu entrichten. Die Anzeigenpreise des „Daheim" sind im Vergleich zur hohen, über ganz Deutschland gehenden Auflage und der zuverlässigen Inseratwirkung niedrig; sie betragen gegenwärtig nur 90 Pfg. für die Zeile (= 7 Silb.) bei Stellenangeboten und nur 70 Pfg. bei Stellengesuchen.

Wir empfehlen, die Anzeigen frühzeitig aufzugeben.

Buchdruckerei Wilh. Sauer, Roßleben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280121-12/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 9 — Sonnabend, den 21. Januar 1928 — 41. Jahrgang

Der Haushalt 1928 im Reichstag.

Finanz- und Wirtschaftsklage.

Berlin, 19. Januar.

Finanzielle Berechnungen mit vielstelligen Zahlenreihen üben im allgemeinen keine allzu große Anziehungskraft auf den Durchschnittsmenschen aus. Am allerwenigsten dann, wenn der Hörer im voraus weiß, daß die goldene Decke, unter der er seine Sorgen bergen soll, sowieso zu kurz ist. Aber man kann nicht sagen, daß die erste Sitzung nach den Ferien, die der Deutsche Reichstag Donnerstag abhielt, von der erwähnten Flucht vor den Zahlen beherrscht gewesen sei. Die Abgeordneten hatten in ziemlicher Menge die Pflicht erkannt, nicht wie so mancher gewöhnliche Sterbliche bei Geldnöten dem Beispiel des Vogels Strauß zu folgen. Offen sahen sie den schwerwiegenden Darlegungen des Reichsfäckelmeisters entgegen und für das politische Verständnis selbst weiterer Kreise legte die gutgefüllte Zuhörertribüne Zeugnis ab. Das bleibt anerkennenswert, denn es ist nicht einmal eine kleine Leistung, auch nur einige Stunden lang den weitverzweigten Eröffnungen eines verantwortlichen Ministers zuzuhören, der sich natürlich streng an seinen ellenlangen Pfadweiser durch das Meer der Ziffernanhäufungen halten muß.

Dr. Köhler hatte Sorgen vorzutragen, gewiß, aber hoffnungslos ließ er uns nicht. Zum erstenmal muß das Reich in diesem Jahre die vollen Reparationen aufbringen, ganze 2½ Milliarden, das leider wieder stark gestiegene Heer der Erwerbslosen erfordert 40 Millionen im Monat, die Beamtenbesoldungsreform geht nicht ohne Opfer ab, Steuern und Abgaben sind schon drückend genug, die soziale Fürsorge darf nicht nachlassen. Die Geschäftskonjunktur ist zurzeit weniger glänzend als vorher — woher also nehmen und nicht — wir wollen das harte Wort unterdrücken. Aber die hinter uns liegende gute Wirtschaftslage hat glücklicherweise Mehrerträge für die öffentliche Hand gebracht, es wurden Ersparnisse gemacht und den Schwarzsehern muß man nicht unbedingt glauben, daß im Wirtschaftsleben ein erheblicher Rückschlag oder gar eine Krise bevorsteht. Deshalb Vertrauen, Entschlossenheit zur Arbeit und zur Sparsamkeit. Regierung und Volk müssen in dieser Richtung zusammenstehen, dann brauchen wir an der Zukunft Deutschlands nicht zu verzweifeln.

Von den Bänken der Regierungsparteien hörte man Beifall nach den letzten Worten Köhlers, die zur Ironie geneigten Oppositionellen riefen etwas höhnisch: Amen, Amen! Doch der von Anfang bis zu Ende ausharrende Reichskanzler drückte seinem Kollegen herzlich die Hand. Und damit war es für heute zu Ende. Morgen soll die Kritik mit einer Rede des Sozialdemokraten Severing beginnen.

io.

Sitzungsbericht.

(862. Sitzung.) CB. Berlin, 19. Januar.

Nachdem Präsident Löbe des während der Weihnachtsferien verstorbenen kommunistischen Abgeordneten Bohla gedacht hatte, begann die erste Beratung des

Reichshaushalts für 1928.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler warf in seinen Ausführungen zur Begründung des Etats zunächst einen Rückblick auf die Verhältnisse vor einem Jahre. Damals mußte die Wirtschafts- und Finanzlage Deutschlands jeden mit großer Sorge erfüllen. Vor allem war die Zahl der Erwerbslosen noch immer gefährlich groß. Der monatliche Aufwand für die Erwerbslosenfürsorge, der vom 1. April 1927 an ganz vom Reich bestritten werden sollte, betrug etwa 40 Millionen und der Haushalt enthielt keine ausreichenden Mittel für diese Zahlungen. Den Beamten und Kriegsbeschädigten mußten die Bezüge erhöht werden und von den Liquidationsgeschädigten wurde eine alsbaldige ausreichende Schlußentschädigung verlangt. Daß dennoch die an das Reich gestellten Anforderungen im Laufe des Jahres 1927 erfüllt werden konnten, liegt an dem nicht vorauszusehbaren

Aufschwung des Wirtschaftslebens.

Die Produktionsziffern hoben sich fast auf allen Gebieten. Die Wirtschaft war überraschenderweise in der Lage, neben und nach fast die gesamten anderthalb Millionen Arbeitslosen in sich aufzunehmen. Das Tariflohnniveau des deutschen Arbeiters stieg. Ein Jahr guter Konjunktur liegt hinter uns. Es hatte für die Reichsfinanzen zwei erfreuliche Ergebnisse. Einmal wurden die Mittel der Erwerbslosenfürsorge in einem erheblich geringeren Umfang in Anspruch genommen als vorauszusehen war. Von den vorgesehenen 450 Millionen werden nur 270 Millionen dafür verbraucht werden und wir ersparen mithin etwa 180 Millionen. Die zweite Folge des wirtschaftlichen Aufschwungs war ein erhebliches Mehraufkommen an Steuern und Verbrauchsabgaben. Der Mehrertrag wird zum allergrößten Teil durch den Nachtragshaushalt aufgezehrt werden. In diesem werden rund 160 Millionen für die Erhöhung der Kriegsbeschädigten- und Beamtenbezüge angefordert, ferner 160 Millionen für die Vorzahlungen nach dem Kriegsschädenschlußgesetz. Dazu kommen Beträge für das bereits zugesagte Westgrenzprogramm, für die Einleitung und Durchführung des

Ostpreußenprogramms,

zur Behebung der Unwetterschäden in Sachsen, Pommern und so weiter. Insgesamt wird der Nachtragshaushalt nicht unter 500 Millionen erfordern, so daß noch 150—180 Millionen Mark an Ersparnissen verbleiben werden. Der Minister wendet sich dann dem Etat für 1928 zu, dem ersten Etat mit der

Normalbelastung des Dawes-Plans.

Bei dem neuen Etat galt es, die mehrfachen Ankündigungen sparsamer Wirtschaft in die Tat umzusetzen; man kann ihn mit Recht als den Etat der Sparsamkeit bezeichnen. Trotz neuer zwangsläufiger Ausgaben ist es gelungen, ihn ohne Steuererhöhung zu balancieren. Der Nettobedarf des Reiches für seine gesamten Verwaltungszwecke, der vor dem Kriege rund 2,4 Milliarden, im Jahre 1926 rund 2,5 Milliarden betrug, ist in dem neuen Etat auf rund 1,7 Milliarden gesunken. Im außerordentlichen Etat ist es erreicht, daß keine neue Anleiheermächtigung erforderlich ist. Der Etat für 1928 schließt im Ordinarium mit 9,356 Milliarden, im Extraordinarium mit 146 Millionen, zusammen mit 9½ Milliarden in Einnahme und Ausgabe ab. Das bedeutet zusammen ein Mehr von 367 Millionen gegenüber dem Vorjahre, also ein Mehr, das noch nicht die Erhöhung der Reparationslast mit 396 Millionen erreicht. Die Schätzung des Steueraufkommens wird bedingt durch die Beurteilung der

wirtschaftlichen Lage.

Die Konjunktur scheint ihre Höhe erreicht zu haben, es liegen aber keine Anzeichen dafür vor, daß sich ein erheblicher Rückschlag oder gar eine Krise vorbereite. Eine Teuerungspsychose wäre die größte Gefahr, die unserer Wirtschaft im Augenblick entstehen könnte. Die Förderung des Exports wird sich die Reichsregierung auch weiterhin angelegen sein lassen. Zurzeit finden Besprechungen über die Wiederholung von Garantien zu diesem Zweck statt. Zu dieses Gebiet fällt auch die Zollsenkungsaktion.

Ihr Ergebnis ist insofern vorweggenommen, als das Zollaufkommen des Jahres 1928 um 150 Millionen niedriger eingesetzt worden ist. Ein besonders schwieriges Kapitel bildet die wachsende

Verschuldung der Landwirtschaft.

Die Regierung hält eine baldige Lösung dieser außerordentlich schwierigen Lage für erforderlich. Die Einkommen- und Körperschaftssteuern werden zusammen auf 3450 Millionen geschätzt, 430 Millionen mehr als das Soll des Jahres 1927. Von diesem Mehr entfallen 100 Millionen auf die Lohnsteuer. Der Minister ging auf die einzelnen indirekten Steuern ein, deren Ertrag im allgemeinen nach dem Ifergebnis des Jahres 1927 geschätzt worden ist. Die Aufgabe jeder Regierung wird es sein, nach Senkungsmöglichkeiten zu suchen. Die Förderung der Neubildung von Kapital und die pfleglichere Behandlung des vorhandenen Kapitals sei unerläßliche Pflicht.

Dr. Köhler erklärte dann zu der in der Öffentlichkeit geführten theoretischen Diskussion über die Berechtigung eines besonderen Extraordinariums, er halte es für richtig, die Ausgaben, die Werte für die Zukunft schaffen, nicht aus Steuern und Abgaben zu bestreiten, sondern auf Anleihe zu übernehmen und dadurch die künftige Generation zu belasten. Dieser Grundsatz müsse aber seine Grenze in der Aufnahmefähigkeit des inländischen Marktes finden. Die augenblicklichen Schwierigkeiten lägen darin, daß diese Grenze überschritten worden sei. Im außerordentlichen Etat habe sich eine Kürzung der Ausgaben um mehr als zwei Drittel erreichen lassen. Im ordentlichen Etat sei das nicht möglich gewesen, weil dort die Ausgaben zum größten Teil zwangsläufig seien.

Das Jahr 1928 sei in bezug auf die Reparationsverpflichtungen das erste Normaljahr, in dem die deutsche Gesamtwirtschaft den vollen Betrag von 2,5 Milliarden aufbringen soll. Die Vorschläge der Reichsregierung für den Haushalt 1928 lieferten den Beweis dafür, wie ernst es der deutschen Reichsregierung mit der Erfüllung ihrer Verpflichtungen sei. **Der Erfolg hänge aber nicht zum geringsten davon ab, daß das Ausland auch seinerseits unserer Ausfuhr die Wege öffnet, die noch verschlossen sind.**

Die immer noch vorhandenen Handelshemmnisse müßten verschwinden. Die Reichsregierung wolle nur solche Auslandsanleihen begünstigen, die unaufschiebbar sind und produktiven Zwecken dienen.

Der Reichsfinanzminister erinnerte an die Andeutung des Reparationsagenten, daß erwogen werden müsse,

die deutschen Reparationsverpflichtungen endgültig zu regeln,

auf absoluter Basis und ohne Kontrolle von außen. Dazu erklärt er: Der Sachverständigenplan bezeichnet selbst die Notwendigkeit, eine endgültige Lösung zu suchen, und es heißt nicht ihn abändern, sondern ihn erfüllen, wenn nach hinreichender praktischer Erfahrung die abschließende Regelung gefunden wird. Eine ungelöste Reparationsfrage ist das Grundübel, an dem nicht nur das deutsche Volk, sondern auch die anderen Völker leiden. Jede Lösung der Reparationsfrage, die sich mit dem wirtschaftlichen Gesetzen in Widerspruch setzt, ist zum Mißlingen verurteilt. Weiter erörtert der Minister als eine **der zwangsläufigen Ausgaben die**

Aufwendungen für die Sozialpolitik.

Das Gesamtaufkommen an Beiträgen und Zuschüssen habe [illegible] annähernd 1,4 Mil-

[illegible] sein, ob durch eine

[illegible] des Reiches

[illegible] en. Es werde an [illegible] derkonferenz liegen, [illegible] ebnisse zeigen. Die [illegible] nicht zum Schaden [illegible] volle Einigkeit des [illegible] Eigenart der Län- [illegible] Verhältnisse ist auf [illegible] n starren Festhalten [illegible] wichtig scheint mir [illegible] und Ländern, daß [illegible] er Finanzgebarung [illegible] en werden müssen. [illegible] tinisters oder einer [illegible] höhungen lege ich [illegible] r wäre eine Selbst- [illegible] Geschäftsordnung, [illegible] sich wird für Reich, [illegible] he Einordnung in [illegible] nen Kriegsver- [illegible] tungen die Haupt-

[illegible] ng verträgt keinen [illegible] sammenlegung von [illegible] überall nötig und [illegible] ngs- und Reform- [illegible] eingeleitete Bewe- [illegible] Jahr 1928 stellt [illegible] he Volk, [illegible] s eigener Schmied [illegible] nische und mancher [illegible] an der Zukunft Deutschlands verzweifeln, wenn wir diese Frage nicht bejahen und danach handeln wollten.

Darauf vertagte sich das Haus auf Freitag.

„Haltet das Reich."

Reichsgründungsfeier der Deutschen Volkspartei.

In Berlin fand die traditionelle Reichsgründungsfeier der Deutschen Volkspartei statt, an der auch zahlreiche führende Persönlichkeiten von Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst teilnahmen. Die Festrede hielt für den durch Krankheit verhinderten Reichsminister des Äußern Dr. Stresemann der Senior der Partei, Geheimrat Kahl. Professor Dr. Kahl gab zunächst einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung des Reichsgedankens. Das Weltbeben hat die Kaiserkrone zerschlagen, aber das Reich ist geblieben, mit dessen Bestand wir alle mit unserem Glück, unserer Arbeit, unserer Freiheit notwendig verbunden sind. Seit Jahren sucht die deutsche Volksvertretung nach einem nationalen Feiertag. Einen besseren als den 18. Januar kann man nicht finden. Damit ist kein Wort gesagt gegen die Bedeutung des 11. August. Wohl haben wir Vertreter in Weimar gegen die Verfassung gestimmt, um ein ehrliches politisches Bekenntnis abzulegen, nicht aber, um die Verfassung zu mißachten. Erst die Verfassung hat wieder einen festen Rechtsboden geschaffen. Zur Reichserhaltung gehört nicht bloß die Sammlung der wirtschaftlichen Kräfte, sondern vor allem ein innerliches und seelisches Moment, die Erhaltung der Reichsfreudigkeit. Dies muß bei der Neugestaltung des Verhältnisses von Reich und Ländern immer der oberste Richtpunkt sein. Wir haben unsere Losung: Haltet das Reich!

Ein Hoch auf Vaterland und Reich und der Gesang des Deutschlandliedes schlossen die offizielle Feier.

Reichswehrminister Gröner.

Dr. Geßlers Abschiedsgesuch genehmigt.

Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den Reichswehrminister Dr. Geßler auf seinen Antrag vom Amte des Reichswehrministers entbunden und den Reichsminister a. D. Generalleutnant a. D. Gröner zum Reichswehrminister ernannt.

Der neuernannte Reichswehrminister, Generalleutnant a. D. Otto Gröner, wurde am 22. November 1867 in Ludwigsburg (Württemberg) geboren. Er trat als 17jähriger Fahnenjunker 1884 in das Infanterieregiment 121 ein und machte bis zum Jahre 1912 abwechselnd Truppen- und Generalstabsdienst. Im Jahre 1912 wurde er als Oberstleutnant Chef der Eisenbahn-

Reichswehrminister General Grö[illegible]r.

abteilung im Großen Generalstab. Bei Kriegsausbruch zum Chef des Feldeisenbahnwesens ernannt, erwarb er sich bei der Organisation der Truppentransporte große Verdienste. 1914 Oberst, 1915 Generalmajor, wurde er bereits 1916 zum Generalleutnant ernannt. Für ein Jahr übernahm er das Kriegsamt im Kriegsministerium, 1917 wurde er danach mit der Führung der 33. Infanteriedivision und Ende 1917 mit der Führung des 25. Reservekorps betraut. Im Jahre 1918 übernahm er den Posten des Generalstabschefs der Heeresgruppe Kiew. Nach Ludendorffs Ausscheiden wurde er der Erste Generalquartiermeister an der Seite Hindenburgs. Als solcher leitete er den Rückmarsch des deutschen Heeres und die Auflösung der alten Armee. Am 16. Oktober 1919 ließ er sich zur Disposition stellen, nachdem er schon am 25. Juni unter dem Eindruck der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages gegenüber dem Reichspräsidenten Ebert Rücktrittswünsche geäußert hatte. Im Juni 1920 wurde Gröner Reichsverkehrsminister. Aus diesem Amte schied er im August 1923.

England zur Sicherheitsfrage.

Hohes Lob für den Locarnovertrag.

Das Memorandum der britischen Regierung an das Schieds- und Sicherheitskomitee des Völkerbundes, das im Februar in Genf zusammentreten soll, ist nunmehr veröffentlicht worden. Das Schriftstück ist das vollständigste Dokument, das bisher über den britischen Standpunkt zur Schieds- und Sicherheitsfrage veröffentlicht wurde. Der erste Teil bezieht sich auf die Schiedsgerichtsbarkeit. Es wird darin auf die Notwendigkeit hingewiesen, zwischen Differenzen juristischer und nichtjuristischer Art zu unterscheiden. Die britische Regierung möchte den Sinn des Schiedsvertrages auf diejenigen internationalen Abmachungen, welche Differenzen juristischer Art behandeln, beschränkt wissen; solche Differenzen sollten einem Gericht unterbreitet werden, das eine für beide Teile obligatorische Entscheidung zu fällen hätte. Fälle nichtjuristischer Art wären durch das Schlichtungsverfahren zu regeln.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280121-12/fragment/page=0005